



Foto: fotolia/Doris Bredow

Foto: imago/United Archives

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 6. November 2014

69. Jahrgang/Nr. 258

Bundesausgabe 1,70 € [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

**STANDPUNKT**  
**Menschenjagd**

Tom Strohschneider über die Empörungswelle gegen die GDL

Das Onlineportal einer großen Tageszeitung schlagzeilt: »Stoppt diesen Mann!« Die Telefonnummer von Claus Weselsky ist auf einer Titelseite gedruckt worden, ein Magazin veröffentlicht Bilder vom Wohnhaus des GDL-Chefs – Überschrift: »So versteckt lebt Deutschlands oberster Streikführer«. Was kommt als nächstes?

Die aggressiver werdende Stimmungsmache gegen den Tarifkampf der Lokführer hat Züge angenommen, die jeden Rahmen sprengen. Was durch Soziale Netzwerke als trübe Brühe aus Vorurteil und gratismutiger Empörung schwappt, hat seine Köche in der Politik. Die tut gern so, als ob sie unbeteiligt an dem Konflikt ist, der zwischen einem Staatskonzern und einer Gewerkschaft ausgefochten wird, in einer Zeit, in der die Regierung das Streikrecht einschränken will. Unter dem DGB-Dach fällt vielen Funktionären nicht viel mehr ein, als die Lokführer zu beschimpfen. Die Sozialdemokraten appellieren an »Verantwortungsbewusstsein auf allen Seiten für unser Land« – als ob man die klassenpolitischen Interessenkonflikte in einer imaginierten Nation versenken könnte.

Richtig ist: Die GDL steht nicht unter politischem Naturschutz. Man kann deren Strategie und ihren Vorsitzenden kritisieren. Immerhin geht es um Dinge, die nicht bloß Lokführer interessieren dürfen: um ein Grundrecht, den politischen Wert von Streiks und die öffentliche Meinung über Klassenverhältnisse, Kompromiss und das Dilemma der Solidarität. Eine Debatte darüber im Sinne aller Beschäftigten wird nicht möglich sein, solange die mediale Hatz auf den GDL-Chef anhält.

**UNTEN LINKS**

Ende dieser Woche soll in Berlin drei Tage lang der Einheitsbär steppen; laut polit-touristischer Propaganda freut sich schon ganz Deutschland darauf. Und was macht die Bahn? Sie steht. Weil die Lokführer streiken. Ausgerechnet jetzt! Das ist doch Absicht! Beim letzten Mal war es ausgerechnet ein Ferienwochenende! Davor ausgerechnet die Wochenmitte! Und wer organisiert das Ganze? Ein Ossi. Noch schlimmer: ein Sachse. Ausgerechnet! Müsste er nicht, vor lauter Dankbarkeit, seine Lokführer anlässlich des Mauerfall-Jubiläums zu Höchstleistungen im kapitalistischen Wettbewerb anfeuern? Hätte er denn ohne die Maueröffnung die Chance gehabt, zum »wohl meistgehassten Deutschen« (Focus) aufzusteigen? Und was soll die ebenfalls bestreikte Berliner S-Bahn jetzt machen, die sich selbst zum Mobilitätspartner der Wochenend-Feierlichkeiten ausgerufen hat und »grenzenlose Bewegungsfreiheit« verspricht? Die S-Bahn – grenzenlos mobil? Ausgerechnet! wh

ISSN 0323-3375



## Alle gegen einen

Lokführer lehnen Schlichtung ab / Journalistenverband kritisiert Stimmungsmache



Claus Weselsky, Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL)

Foto: dpa/Bernd von Jutrczenka

Berlin. Die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) hat kurz vor ihrem erneuten Streik lagerübergreifend harsche Kritik erfahren: von Konzernseite, aus anderen Gewerkschaften, aus den Regierungsparteien. Auch viele Medien verschärften den Ton, dies auf eine Weise, die den Deutschen Journalisten-Verband auf den Plan rief: Kein Streik sei beliebt, aber Stimmungsmache für oder gegen eine Partei des Tarifkonflikts oder ihre Funktionsträger sei nicht Aufgabe der Medien, sagte Bundeschef Michael Konken mit Blick auf Tendenzen, den Vorsitzenden der Gewerkschaft, Claus Weselsky, »als Privatperson an den Pranger zu stel-

len«. Man müsse »den Streik der GDL nicht mögen, aber an dem im Grundgesetz geschützten Recht zum Arbeitskampf darf nicht gerüttelt werden«.

Politiker der Regierungsfractionen befeuerten derweil die Empörung: »Die GDL hat jedes Maß verloren«, wurde SPD-Vize Torsten Schäfer-Gümbel zitiert; Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel nannte den Arbeitskampf der GDL einen »Missbrauch des Streikrechts« und verlangte »Verantwortungsbewusstsein auf allen Seiten für unser Land«. Ähnlich äußerte sich Kanzlerin Angela Merkel. Einige Politiker versuchten überdies, die Fei-

erlichkeiten zum Jahrestag des Mauerfalls am Sonntag in Berlin zum Argument gegen den Bahnstreik zu machen.

Die GDL bestreikt seit Mittwochnachmittag den Güterverkehr. Der Personenverkehr sollte ab Donnerstagmorgen 2 Uhr bestreikt werden, der Ausstand soll bis Montagmorgen 4 Uhr dauern. Einen kurz vor Streikbeginn bekanntgewordenen Vorschlag des Bahn-Konzerns zur Schlichtung lehnte die Gewerkschaft ab. GDL-Chef Weselsky sagte, es gehe in dem Konflikt zurzeit um »grundgesetzlich verbriefte Rechte« der Gewerkschaften – darüber könne es keinen Kompromiss geben. nd Seite 3

## Nahles will Hartz-IV-Bezieher in Jobs bringen

Bundesarbeitsministerin präsentierte Konzept für den Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit

**Andrea Nahles verspricht ein Programm, das Langzeitarbeitslosen helfen soll. Allerdings gibt es dafür kein zusätzliches Personal und wohl auch kein zusätzliches Geld.**

Von Fabian Lambeck

Ministerin Andrea Nahles (SPD) präsentiert sich mal wieder als Macherin. Nach der Rente mit 63 und dem Durchdrücken des Mindestlohns will sie nun die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen. Am Mittwoch präsentierte sie die Eckpunkte ihres Plans im Bundestagssozialausschuss. Die etwa eine Million Langzeitarbeitslosen sollen besser betreut werden. Dafür, so Nahles, wolle sie bis zu 1000 neue Stellen in den Jobcentern schaffen – und zwar »flächendeckend«, wie die Bundesarbeitsministerin nach ihrem Auftritt im Ausschuss verkündete. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen, Brigitte Pothmer, hat-

te im Gremium genau hingehört: »Es gibt kein zusätzliches Geld und kein zusätzliches Personal«, so Pothmer. Statt Stellen zu schaffen, ziehe man Mitarbeiter aus dem Programm »Perspektive 50plus« ab. Das gehe zulasten älterer Arbeitsloser, kritisierte Pothmer. Tatsächlich hatte Ministerin Nahles zuvor in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« erklärt, sie wolle »Kapazitäten und Expertise« aus dem Programm 50plus »nahtlos im Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit einsetzen«. Sprich: Die bislang dort Beschäftigten sollen sich zukünftig in »Aktivierungszentren« um Hartz-IV-Bezieher kümmern. Nahles will zudem Langzeitarbeitslose, die einen Job ergattert haben, zukünftig intensiver »begleiten« lassen. Derzeit gebe es »zu viele Abbrecher«, konstatierte die Ministerin.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die »soziale Teilhabe« von Menschen mit gesundheitlichen Prob-

lemen, so Nahles. Für deren Vermittlung soll es Lohnzuschüsse von bis zu 100 Prozent geben. Etwa 10 000 Betroffene will man derart fördern. 2015 sollen dafür 75 Mil-

**»Zu wenig, zu spät, zu unambitioniert.«**

Linksparteichef Bernd Riexinger zu den Plänen von Andrea Nahles

lionen Euro bereitgestellt werden, danach jedes Jahr 150 Millionen Euro. Inwiefern es sich dabei tatsächlich um Geld aus dem Bundeshaushalt handeln wird, war gestern noch nicht klar. Auf alle Fälle sollen die 470 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds angezapft werden. Außerdem soll die Verwaltung in den Jobcentern »entschlackt« werden. Die Gesamtkosten ihrer Initia-

tionen fördern soll, wollte oder konnte Nahles nicht beziffern.

Der Vize-Vorsitzende der Unionsfraktion, Michael Fuchs (CDU), mahnte gegenüber der »Rheinischen Post«: Das Geld für die Programme müsse an anderer Stelle eingespart werden. »Es gibt ja bei der Bundesagentur jede Menge Programme für Langzeitarbeitslose, die dann entsprechend gekürzt werden könnten.«

Kritik an den Plänen kam am Mittwoch auch von Sozialverbänden und der LINKEN. »Zu wenig, zu spät, zu unambitioniert«, befand Parteichef Bernd Riexinger. Er plädierte stattdessen für einen integrierten Ansatz: »Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und prekäre Arbeitsverhältnisse müssen in einer gemeinsamen Strategie bekämpft werden.« Der Präsident des Sozialverbandes Deutschland, Adolf Bauer, forderte einen »arbeitsmarktpolitischen Paradigmenwechsel«. Seite 4

## Debakel für Obamas Demokraten

USA: Republikaner holen sich bei den Kongresswahlen auch den Senat

Washington. Nach dem spektakulären Sieg gegen die Demokraten von USA-Präsident Barack Obama bei den Kongresswahlen nehmen die Republikaner Kurs auf das Weiße Haus. Gut zwei Jahre vor dem Ende von Obamas Amtszeit gewannen die Konservativen die Mehrheit im Senat und beherrschen künftig beide Parlamentskammern. Ihre Dominanz im Repräsentantenhaus bauten sie aus. »Die Hoffnungen der Republikaner für 2016 nehmen zu«, titelte das »Wall Street Journal« am Mittwoch. Der Präsident muss nun gegen noch stärkere Widerstände der Opposition regieren. Im Falle einer Blockadehaltung der Republikaner droht der völlige Stillstand in der US-Politik. Der wahrscheinlich neue republikanische Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell, deutete allerdings Kompromissbereitschaft seiner Partei an. Zugleich brachten sich mögliche Präsidentschaftsbewerber in Stellung. Noch in der Wahlnacht lud Obama die Spitzen beider Parteien und Häuser für Freitag zu einem Treffen ein.

Die Niederlage der Demokraten war deutlicher als erwartet. Die Republikaner gewannen mindestens 52 der 100 Sitze im Senat, wie mehrere US-Fernseherberichter berichteten. Im Abgeordnetenhaus konnten die Republikaner deutlich hinzugewinnen und kommen voraussichtlich auf rund 245 der 435 Sitze. Zuvor hatten sie 233. Damit hätte die »Grand Old Party« die größte Mehrheit in der Kongresskammer seit Harry Truman, Präsident von 1945 bis 1953. dpa/nd

Seiten 4 und 7

## Rot-rote Regierung gebildet

In Brandenburg Minister ernannt Thüringen verhandelt Rot-Rot-Grün

Berlin. Die für weitere fünf Jahre geschmiedete rot-rote Koalition in Brandenburg wählte am Mittwoch Dietmar Woidke (SPD) wieder zum Ministerpräsidenten. Bei der geheimen Abstimmung im Landtag erhielt Woidke 47 von 87 Stimmen. SPD und LINKE verfügen zusammen über genau 47 Stimmen. Zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannte Woidke Finanzminister Christian Görke (LINKE). Bislang war Justizminister Helmuth Markov (LINKE) sein Stellvertreter gewesen. Flughafenkoordinator für die Probleme am Pannenairstop BER in Schönefeld bleibt Staatssekretär Rainer Bretschneider. Das Kabinett konstituierte sich am Nachmittag. Woidke sagte, er sei sich sicher, dass die Landesregierung als Team »vertrauensvoll« zusammenarbeiten werde.

Indessen haben in Thüringen, wo ebenfalls am 14. September Landtagswahlen gewesen sind, die Verhandlungen über eine rot-grüne Koalition am Mittwoch gerade erst begonnen. »Das ist schon ein kleiner historischer Moment«, sagte die LINKE-Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow in Erfurt. Die LINKE will als stärkster Partner in dem Dreierbündnis mit Bodo Ramelow erstmals in der Bundesrepublik einen Ministerpräsidenten stellen. Am Tag nach dem Mitgliedervotum der SPD für die Aufnahme von Verhandlungen mit Linkspartei und Grünen sprach der SPD-Landesvorsitzende Andreas Bausewein von einem bedeutenden Tag. »Ich hoffe, dass wir die Koalitionsverhandlungen in 14 Tagen abschließen können«, erklärte er. dpa/nd

Seiten 5 und 12

**Heute auf Seite 10**  
**Gesund leben**  
Im Krimi wird der Pathologe oft mit dem Rechtsmediziner verwechselt. Zwei Berufsbilder.